
**DAS EINGREIFEN DES STAATES, „MEDIOKRATIE“ UND DIE
BRASILIANISCHE REALITÄT IN ARBEITSBEZIEHUNGEN: KURZE
ERWÄGUNGEN**

***STATE INTERVENTION, MEDIOCRACY AND THE BRAZILIAN
REALITY IN LABOR RELATIONS: BRIEF COMMENTS***

***INTERVENÇÃO ESTATAL, MEDIOCRACIA E A REALIDADE
BRASILEIRA NAS RELAÇÕES DE TRABALHO: BREVES
CONSIDERAÇÕES***

LUIZ EDUARDO GUNTHER

Post-Doctor in Law von PUC-PR (2015). Doktor der Rechtswissenschaften an der Federal University of Paraná (2003). Master in Law der Universität von Paraná (2000). Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte an der Federal University of Paraná (1977). Richter am regionalen Arbeitsgericht der 9. Region. Ständiger Professor des Master-Programms für Wirtschaftsrecht und Bürgerschaft des Curitiba University Center - UNICURITIBA.

MARCO ANTÔNIO CÉSAR VILLATORE

Pós-Doutor pela Università degli Studi di Roma II, "Tor Vergata" (2014). Doutor em Diritto del Lavoro, Sindacale e della Previdenza Sociale - Università degli Studi di Roma, "La Sapienza" (2001), revalidado pela Universidade Federal de Santa Catarina. Mestre em Direito pela Pontifícia Universidade Católica de São Paulo (1998). Professor Titular do Programa de Pós-Graduação em Direito na Pontifícia Universidade Católica do Paraná (PPGD/PUCPR). Coordenador do Curso de Especialização em Direito do Trabalho da Pontifícia Universidade Católica do Paraná.

CLÁUDIA CRISTINA PEREIRA

Possui graduação em Direito pela Faculdade de Direito de Curitiba (1988). Desembargadora do Tribunal Regional do Trabalho - 9º Região. TRT/9.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Zweck dieses Artikels besteht darin, die Arbeitsbeziehungen in Brasilien zu untersuchen und die Rolle des Staates bei der Suche nach Mindestgarantien für die Würde der Arbeitnehmer zu garantieren. Zu diesem Thema wird das Thema der nationalen Mediokratie unter dem Gesichtspunkt der Mittelmäßigkeit von Politikern, Herrscher und Beamter im Allgemeinen und ihrer kleinlichen und unehrlichen Haltung diskutiert. Das Thema wird auch in einer historischen Herangehensweise behandelt, vom Absoluten Staat über den Liberalen Staat und seinen Übergang zum Sozialstaat, speziell in Brasilien, ab 1934, wo die staatliche Intervention hauptsächlich dazu benutzt wird, um ihr Leben zu verbessern mit der Unterstützung in Politik und Beamter Karriere. Die Arbeit wurde durch bibliografische Forschung und Interpretation von Rechtstexten entwickelt, wobei auch eine historische Perspektive gesucht wurde, die zu der Schlussfolgerung führte, staatliche Eingriffe müssen genutzt werden, um das Staat zu stärken und seinen Bürgern durch das Verschwinden des Privilegs für wenige Menschen und den Aufbau einer echten Demokratie zu helfen.

STICHWÖRTER: Mediokratie; Wohlfahrtstaat; Arbeitsbeziehung; Liberalismus; Sozialgebühren.

ABSTRACT

The purpose of this article is to investigate labor relations in Brazil and the role of the State in seeking to guarantee workers minimum rights to assure their dignity. For this, the topic of national mediocracy is discussed on the prism of the mediocrity of politicians, governors and public officials in general and their petty and dishonest attitudes. The subject is also treated in a historical approach, from the Absolute State

through the Liberal State and its transition to the Social State, specifically in Brazil, from 1934, where the state intervention is used mainly to rise one's life sustained in politics and public careers. The research was developed through bibliographic research and interpretation of legal texts, also seeking a historical perspective, which allowed to conclude that state intervention should be used to enhance the country and benefit its citizens, with the disappearance of the privilege for few people and building a true democracy.

KEYWORDS: Mediocracy; Welfare State; Labor Relations; Liberalism; Social Charges.

RESUMO

O presente artigo tem por objetivo pesquisar as relações do trabalho no Brasil, e o papel do Estado ao buscar assegurar aos trabalhadores direitos mínimos para lhes garantir dignidade. Para tanto, discute-se o tema da mediocracia nacional sobre o prisma da mediocridade dos políticos, governantes e funcionalismo público em geral e suas atitudes mesquinhas e desonestas. O assunto também é tratado em abordagem histórica, a partir do Estado Absoluto, passando pelo Estado Liberal e sua transição para o Estado Social, especificamente no Brasil, a partir de 1934, onde a intervenção estatal é utilizada mormente para subir na vida às custas da política e carreiras públicas. A pesquisa foi desenvolvida através de pesquisa bibliográfica e interpretação de textos jurídicos, buscando também uma perspectiva histórica, o que permitiu concluir que, a intervenção estatal deve ser utilizada para engrandecer a pátria e beneficiar seus cidadãos, com o desaparecimento do privilégio para poucas pessoas e construção de uma verdadeira democracia.

PALAVRAS-CHAVE: Mediocracia; Estado Social; Relações Laborais; Liberalismo; Encargos Sociais.

EINLEITUNG

Platon sagte einst über die Demokratie: "Sie ist die schlechteste der guten Regierungsformen, und die beste unter den schlechten". Was José Ingenieros in seinem Klassiker *Der mittelmäßige Mann* behauptet, ist nach Jahrzehnten immer noch aktuell. In seinen Worten hat sich der moralische Niedergang der regierenden Klassen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gesteigert. In jedem Verwaltungsbezirk beschlagnahmt eine Gruppe von Schmarotzer die Räder der offiziellen Maschinerie und schließt von deren Schoß allen diejenigen aus, die den Taten keine Komplizen sein wollen. Und führt fort:

Hier sind es zufällige Gruppenzusammenschlüsse, da Industriegewerkschaften, dort Fraktionen von Schwätzern. Es sind Minderheitsgruppierungen und nennen sich Parteien. Sie versuchen das Monopol des Staats mit Ideen zu kaschieren. Es sind Verbrecherbanden, die die straffreieste Entscheidung suchen, um die Gesellschaft zu plündern (INGENIEROS, 2004, s.216).

Dies ist, was er *Mediokratie** (im Sinne von Herrschaft der Mittelmäßigkeit) nennt und was sich hervortut, wenn sich die bestechlichen Interessen über die Ideale der gebildeten Geister, die die Seele einer Nation bilden, legen, wenn das Nationalgefühl sich abbaut und verdirbt: das Vaterland wird wie eine Industrie ausgebeutet. Die Regierung fällt in die Hände des Pöbel, der das Geld auffrisst." (INGENIEROS, 2004, s.217).

Es wäre nicht übertrieben zu behaupten, dass Brasilien immer die Regierung der Mittelmäßigen kannte: diejenige Regierung, die das Volk zum Opfer der Wahlen macht, um kleinliche und unehrliche Ansprüche zu erfüllen. Solche Interessen kommen dem Volk oft kaschiert in Form von „Leistungen“ oder „Rechte“ zum Vorschein. Dies passiert zum Beispiel durch die Intervention des Staates, in etlichen Situationen, bei den Arbeitsbeziehungen.

Logischerweise diskutiert man nicht die Relevanz der Rolle des Staates, dessen Ziel es sein sollte, den Arbeitnehmern Mindestrechte und somit Würde zu

* Pt. „mediocracia“, ähnlich mit „Mediokratie“. Nicht mit dem medientheoretischen Begriff der *Mediokratie* bzw. *Medienherrschaft* von Thomas Meyer zu verwechseln [A.d.Ü.].

gewährleisten. Jedoch sieht man, dass die öffentliche Einflussnahme innerhalb der Arbeitsbeziehungen sehr oft dem Empfänger des Gesetzes eine Last anstelle von Beihilfe darstellt und Pflichten anstelle von Rechten schafft, was nur die Staatskassen – und somit die Tasche einiger Menschen – reicher macht.

In der Tat, wenn der Staat Sozial- und Arbeitsleistungen – alle vom Arbeitnehmer selber bezahlt – auferlegt, sagt er, dass er das Geld viel besser als der Arbeitnehmer verwalten kann. Nun, wenn der Arbeitnehmer für seine „Rechte“ bezahlen muss, dann hat er kein Recht, sondern eine Pflicht (FURTADO, 2015).

Solch eine Intervention ist das Ergebnis der sozialen Funktionen vom Staat, die seit den 1930er Jahre besonders stärker anwesend sind und in der Verfassung von 1934 konsolidiert wurden.

Jedoch, wie man weiß, ist die Sorge um das soziale Wohlergehen Seitens des Staates eine recht junge Erscheinung in unserer Geschichte.

2 ENTWICKLUNG DER SOZIALEN WOHLFAHRT: VOM ABSOLUTISMUS ZUM LIBERALISMUS

In der Zeit des Absolutismus im Mittelalter wurden soziale Funktionen vom Staat nicht anerkannt. Die mittelalterliche Gesellschaft war in einer Rangfolge unterteilt in eine dominierende und eine arbeitende Klasse, deren Differenzierung durch Geburt bestimmt wurde und eine Ungleichheit unter den Menschen als Folge hatte. Im absolutistischen Modell konzentrierte sich die Macht in den Händen einer einzigen Person (üblicherweise ein Monarch), welche diese Macht exklusiv und unabhängig ausübte. Sein Willen war Gesetz, dem alle Bürger gehorchten (BATISTA JUNIOR, 2013).

Leitfaden vom absolutistischen Staat war die merkantilistische Doktrine, geprägt von einer Reihe wirtschaftlicher Praktiken, die zwischen den Staaten konzipiert wurden, darunter die Anhäufung von Edelmetallen (wie Gold und Silber), die Erhebung von hohen Steuern, zusammen mit dem Vorantreiben der Exporte und einer Begrenzung der Importe, um eine günstige Handelsbilanz zu erwirtschaften (BATISTA JUNIOR, 2013).

Nach diesen Richtlinien hatte der Staat eine interventionistische Rolle in der Wirtschaft, indem politisch protektionistische, wirtschaftliche Maßnahmen eingesetzt wurden, um die innere Aktivitäten gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, was die Schaffung von Regierungsmonopole begünstigte.

Diese Situation hat in den Menschen eine Unzufriedenheit mit den von den Staaten angenommenen Politiken erweckt und sie dazu ermuntert, um ihre Rechte gegen die staatliche Intervention in die Privatsphären zugunsten der Nationalwirtschaft zu kämpfen. (CARVALHO FILHO, 2007, s.98).

Als Verteidiger der wirtschaftlichen Freiheit und gegen die merkantilistischen Ideale haben sich u.a. François Quesnay, Adam Smith und David Ricardo hervorgehoben. Sie suchten die Freiheit, damit die Menschen ohne die Einflussnahme des Staats handeln konnten. Die Maxime der Liberalen ist dann das *laissez-faire, laissez-passer* (lasst machen, einfach laufen lassen), was bedeutet, dass der Markt ohne Einflussnahme funktionieren sollte (SOUZA, 2003, s.82).

Das Buch *Der Wohlstand der Nationen* von Adam Smith untersucht Natur und Ursache vom Wohlstand der Nationen und analysiert die Handelsgesellschaften und Probleme bei der Arbeitsteilung, der Einkommensverteilung und der Kapitalakkumulation. Im Jahre 1776 veröffentlicht, verteidigt das Buch, dass sich der Staat in die Wirtschaft nur einmischen solle, wenn die Privatinitiative kein Interesse auf die jeweilige Aktivität habe oder wenn die Dienstleistung im Konkurrenzsystem nicht stattfinden könne, was das Regierungsmonopol unvermeidbar mache.¹

Das Wachstum der Handelsaktivitäten, die Ausbreitung von Kapitalismus und Wirtschaft und das Ausbeuten von Edelmetallen durch den Merkantilismus haben eine für die liberale Revolution günstige Atmosphäre geschaffen, in der das Bürgertum – die neue Sozialklasse – stärker wurde und sich dem diskreditierten und kapitalschwachen Adel gegenüberstellte (BATISTA JUNIOR, 2013).

Der Kapitalismus, ein Wirtschaftssystem, in dem die Eigentümer der Produktionsmittel die Vermarktung – normalerweise in monetärer Weise – ihrer Produkte erlauben, hat sich als dominantes System bei der Entwicklung der liberalen

¹ In demselben Jahr findet noch die Amerikanische Revolution gegen die merkantilistische Politik von Großbritannien statt, die noch mehr Reichtümer durch die Ausbeutung der Kolonien und protektionistische Maßnahmen anzuhäufen versuchte. Die Revolution mündet in die Unabhängigkeitserklärung, die am 4. Juli unterzeichnet wurde (SOUZA, 2003).

Staaten etabliert und die Industrielle Revolution verursacht, was einen starken Einfluss auf den Produktionsprozess durch technische Veränderungen bewirkte.

Aber das liberale Modell hatte auch Probleme. In diesem Sinne meint Batista Junior (2013):

Die Landwirtschaft war überwunden, die menschliche Arbeit von den Maschinen ersetzt, die den Produktionsprozess intensivierten und das Phänomen der Massenproduktion ermöglichten, was die Beziehung zwischen dem Kapital und der Arbeit veränderte. Nach diesen Veränderungen waren die sozialen Konflikte unvermeidbar, da die Arbeiter unter dem Elend, wie schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne, verursacht durch die Kapitaleigentümer, litten, da das Arbeitskräfteangebot die Nachfrage für die industrielle Produktion übertraf. Der Staat konnte die Arbeiterklasse vor den neuen sozialen Ungleichheiten, geschaffen durch das rasche ökonomische Wachstum, schützen. Dann sah man die soziale Ungerechtigkeit steigen. Von dieser Situation empört, haben die Arbeiter angefangen sich zusammenzuschließen, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Angesichts dieser Tatsache sind die sozialistische Bewegungen erschienen, die die Aneignung der Produktionsmittel von der Kollektivität und die Abschaffung vom Privatbesitz befürworteten, als eine Form, soziale Ungleichheiten zu mindern und eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen.

3 DIE ÜBERGANG ZUM WOLFFAHRTSTAAT

Dementsprechend, als Folge der sozialen Bewegungen, die aus der industriellen Revolution hervorkamen, beginnt der Staat, eine neue Aufgabe zu verkörpern: sich für die Vertragsbeziehungen einzusetzen, damit die Ungleichheiten zwischen den Vertragsparteien minimiert werden. Die Einflussnahme vom Staat wird dann sichtbar, was zur politischen Tätigkeit führt, die sozialen Kräfte ins Gleichgewicht zu bringen.

Es wurde vom Staat nicht mehr verlangt, dass er auf die Wirtschaft Einfluss hatte, ganz im Gegenteil: einstmals war dessen Einflussnahme angesichts der sozialen Krise notwendig, um den Arbeitern Mindestrechte zu gewährleisten (BATISTA JUNIOR, 2013).

Das Marktmodell gerät also in Krise und anstelle des liberalen Staats tritt der soziale Staat bzw. der Wohlfahrtsstaat (*welfare state* oder interventionistischer Staat), als eine Art Staat, der den sozialen Schutz fördert und die Wirtschaft organisiert. Er agiert als Regler der gesamten sozialen, politischen und

wirtschaftlichen Tätigkeit eines Landes, indem er die öffentlichen Dienstleistungen und den Schutz der Bevölkerung gewährleistet (DI PIETRO, 2005).

Dieses neue Staatsmodell ist am Ende des 19. Jahrhunderts in Europa erschienen und hat sich nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 entwickelt, was die Große Depression verursachte, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ende der totalitären Regimes in Westeuropa zu Ende kam.

Der Sozialstaat nahm ab nun interventionistische Maßnahmen und Praktiken vor, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nötig waren. So hat er das Verlangen des Volks erfüllt, welches auf eine staatliche Intervention wartete, die ihnen Mindestbedingungen zur Nachhaltigkeit gewährleistete. Wie Di Pietro hervorhebt, suchte der Staat nach Möglichkeiten, die Ungleichheiten ins Gleichgewicht zu bringen, indem er die im Elend lebenden Bürger in eine Situation bringt, wo sie das Nötigste zum Überleben haben können.

Der Staat entwickelt sich dann zum Unternehmer und investiert in die Gründung von mehreren öffentlichen Unternehmen. Das ist die Herkunft der öffentlichen Industrien und Unternehmen und von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen –bestehend aus der Zusammensetzung von öffentlichem und privatem Kapital. Der Staat investiert zudem hoch in die Entwicklung und Modernisierung mehrerer Sektoren, in denen er handelt. Außer der Sorge um die soziale Ordnung, die die Verwendung von staatlichen Mitteln fordert, muss der Staat noch mehr ausgeben, um seine Unternehmertätigkeit durchzuführen (DI PIETRO, 2005, s.48-49).

4 DER WOHLFAHRTSTAAT IN BRASILIEN: DAS EINGREIFEN DES STAATES IN DEN UNTERNEHMEN UND IN DEN ARBEITSBEZIEHUNGEN

In Brasilien wurde der Sozialstaat von der republikanischen Verfassung von 1934 begründet, was in der Tat eine Folge der Bewegung von 1930, der von der provisorischen Regierung durchgeführten Veränderungen, und der konstitutionalistischen Revolution von 1932 ist. Die sozialen Sorgen stehen vor, und die verschiedenen Denkströmungen sind in der verfassunggebenden Versammlung

von 1933 vertreten. Diese Sorgen scheinen die nationale Ebene erreicht zu haben. Eine sehr wichtige Tatsache darf nicht vergessen werden: Die Frauen durften zum ersten Mal wählen, was Brasilien als eine der Pioniere in Sachen Frauenwahlrecht auf der ganzen Welt machte (ANDRADE, 2004, s.325).

Alle diese Faktoren weisen auf den besonders sozialen Sinn der Verfassung von 1934 hin. Dem europäischen Nachkriegstrend folgend (der sich eigentlich erst am Ende des Zweiten Weltkriegs endgültig konsolidieren sollte), wurden einige Vorschriften des Wohlfahrtsstaats in den Text eingeführt. Zum ersten Mal in der brasilianischen Verfassungsgeschichte waren Erwägungen über die wirtschaftliche und soziale Ordnung präsent. Eine Arbeitsgesetzgebung gewährleistete die gewerkschaftliche Autonomie, der 8-Stunden-Arbeitstag, die Sozialversicherung und die Kollektivverträge. Die Familie verdiente besonderen Schutz, insbesondere diejenigen mit vielen Kindern. Der Abgeordnete Prado Kelly war weitgehend für die Einführung eines sozialen Artikels, der bisher unerhört war, verantwortlich: Eines besonderen Kapitels über die Bildung (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.325).

Alle Fortschritte bezüglich Rechten und Einzelbürgschaften der Verfassung von 1891 sind erhalten worden.

Jedoch heben Paes de Andrade und Paulo Bonavides folgendes hervor:

Es ist jedoch sicher, dass viele dieser Vorschriften nicht angewandt wurden, was die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung schon am Ende der Arbeiten vorhersehen konnten. Man wusste schon, dass viele Vorschriften der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung nicht erfüllt werden würden (nach dem Arbeitgeber konnten sie nicht erfüllt werden). Wir glauben trotzdem nicht, dass wir die Gründe zur Kurzlebigkeit dieser Charta dort finden sollten. Noch einmal waren es nicht die Undurchführbarkeit und Nichtanpassungsfähigkeit an der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit der Nation, die den Verfassungstext unwirksam machten. Wir sehen eher einen gewissen Widerspruch im Kern des Textes selber. Einerseits ein unverdächtiger Liberalismus, Erbe der Formulierungen von 1891 und Weiterführer dieser Tradition, der in seiner Weise die „Vertretung und Justiz“ der Ideen von 1930 interpretiert. Er manifestiert sich im Kapitel der individuellen Einzelfreiheiten und -bürgschaften, in den freien Wahlen, im allgemeinen Wahlrecht, in der freien Organisation der Parteien, in der Autonomie der Gewalten, der Bundesstaaten und der Gemeinden (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.325).

Andererseits gibt es jedoch auch einen starken zentralisierenden Trend – von der Erhöhung der Befugnisse der Exekutive –, der zusammen mit dem Wunsch

kommt, alle Instanzen vom sozialen Leib zu regeln, mit einer massiven Intervention des Staats auf die Wirtschaft. Wenn man noch den keimenden Populismus hinzufügt, der unter den sozialen Sorgen aufgeteilt ist, hat man einen Rahmen, der nicht weit davon entfernt ist, was man als *Estado Novo* [dt. Neuer Staat] bezeichnen würde.

Die Diktatur der provisorischen Regierung und ihre Maßnahmen im sozialen Feld gaben eine schöne Verkleidung zur Machtausübung, die sich nun den weniger oligarchischen Ansprüchen zuwendete, sich eher identifizierend mit der Mittel- und Arbeiterschicht, deren Bewusstsein die revolutionäre Führerschaft von 1930 erweckt hat, bis dieses Bewusstsein zu einem neuen, höchst wichtigen Faktor für unsere nachfolgende Verfassungsgeschichte wurde (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.327).

Getúlio Vargas, in der Hoffnung sich gegen die oligarchische Macht entgegenzustellen, schätzte den Bund mit den Bevölkerungsgruppen und behielt gleichzeitig die Nähe zum Militär. Für jedes spezifische Segment wurde eine politische Strategie ausgedacht. Im Falle der städtischen Arbeiter wurde 1930 das Ministerium für Arbeit, Industrie und Handel gegründet. Zwei Jahre später übernahm Vargas gesetzliche Maßnahmen, die den Arbeitern günstig waren: Zum Beispiel wurde der 8-Stunden-Arbeitstag in Industrie und Handel eingeführt (DEL PRIORE; VENANCIO, 2010, s.185).

Solche Konzessionen waren sehr teuer, da in selben Jahr, als ein seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von der Arbeiterbewegung geforderter Anspruch erfüllt wurde, die ersten Schritte des korporativen Gewerkschaftswesens festgelegt wurden. Nach der neuen Gesetzgebung wurden Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, in berufliche Kategorien eingeteilt, den Verbänden und Gesamtverbänden unterworfen, die ihrerseits dem Arbeitsministerium unterworfen sind. Im Laufe seiner ersten Regierung verringerte Vargas immer weiter die Möglichkeit, dass Gewerkschaften außerhalb dieses Modells existierten, bis er 1939 – zwei Jahre nach der Erklärung des *Estado Novo* – die Existenz von einer einzigen Gewerkschaft für jede berufliche Kategorie festlegte.²

² Del Priore erinnert uns, dass solche Veränderungen zusammen mit der Schaffung einer Gewerkschaftssteuer kommt, das jährlich den Betrag eines Arbeitstages der Arbeiter erheben soll. Dieser Betrag sollte in die gewerkschaftliche Struktur investiert werden. So verallgemeinerte Vargas das korporative Modell auf die Gesamtheit der repräsentativen Arbeiterverbänden. Finanziert aus

Tatsache ist, dass die Diktatur der provisorischen Regierung und ihre Maßnahmen im sozialen Feld eine schöne Verkleidung zur Machtausübung gaben, die sich nun den weniger oligarchischen Ansprüchen zuwendete, und Ansprüche eher mit der Mittel- und Arbeiterschicht identifiziert, deren Bewusstsein die revolutionäre Führerschaft von 1930 erweckt hat, bis dieses Bewusstsein ein neuer, höchst wichtiger Faktor für unsere nachfolgende Verfassungsgeschichte wurde (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.327).

Der soziale Inhalt ist prägnant nach der Verfassung von 1934. In Bezug auf die Verfassung von 1891 gibt es eine hegemonische Nebeneinanderstellung von Werten, dessen Einbeziehung in den neueren Text jedoch keinen Entzug von Rechten und Bürgschaften, die schon aus der ersten republikanischen Verfassung (von deutlich individualistischer Prägung) entstammten, zur Folge hatte.

Der soziale Konstitutionalismus aller vier brasilianischen Verfassungen dieses Jahrhunderts hatte nie in einer selektiven Weise gehandelt, indem er Rechte und Gründe aus den vorherigen Verfassungen annullierte. Vielmehr pflegte er, sie beizubehalten, indem nur ihr Wesen und ihren Geist verändert wurde, so dass die Hinzufügungen sozialer

Prägung immer dominierten. Dadurch wird die Ähnlichkeit unserer verfassungsrechtlichen Rechtserklärungen deutlich, deren unbedachte Lektüre dazu führen könnte, einen gewissen „verfassungsrechtlichen Immobilismus“ anzunehmen angesichts der deutlichen doktrinären Abweichungen, die die Fundamente des brasilianischen Staats seit der Proklamation der Republik bis heute tief verändert haben (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.327).

Bonavides und Andrade heben jedoch hervor:

Wenn man sie schlicht nach der textuellen Perspektive betrachtet, würde man den – offenbar falschen – Eindruck bekommen, dass unsere Rechtserklärungen nur selten Gegenstand von Innovationen waren, und unsere Verfassungsschreiber, in der Ausübung ihrer verfassungsgebender Macht, sich eher auf sprachliche Verbesserungen und extrem nüchterne Erweiterungen konzentrierten, anstatt auf weitumfassende Reformen. Doch sind die Veränderungen groß, und sie können in ihrer ganzen Breite, in den Verfassungsrahmen gestellt, geprüft werden, wenn einmal mit den Kapiteln

Kriegsmittel erfüllten die Gewerkschaften der 1940er Jahren die Bedingungen zur Förderung der sozialen Harmonie und wurden zu assistenzdienstleistende Institutionen (DEL PRIORE; VENANCIO, 2010, S. 185).

der Sozialgesetze, welche die wirtschaftliche Ordnung, die Familie, die Bildung und die Kultur betreffen, abgeglichen. Sie können weiter nach den Prinzipien geprüft werden, die unsere Verfassung beleben, ihr einen Lebensatem geben, dessen Intensität der aufmerksame, philosophisch und über den Staat soziologisch gut ausgebildete Jurist ohne Hindernisse gewahr werden soll (ANDRADE; BONAVIDES, 2004, s.325).

Die Autoren erinnern uns, dass wir 1934 den großen verfassungs-rechtlichen Sprung vollzogen haben, der uns zum Sozialstaat führen sollte, der nach der Revolution von 1930 mittels einiger Maßnahmen der diktatorischen, provisorischen Regierung teilweise verwirklicht worden war. Die neuen Regierenden haben die politischen und formellen Prinzipien des Liberalismus zu ihrer Kampfflagge gemacht – sie waren doch tatsächlich eher für die Legitimierung ihrer Bewegung mittels der Verwirklichung von sozialen Maßnahmen engagiert. So haben sie einen seit der 1920er Jahren etwas unbewusst gezeigten Reformanspruch erfüllt, vielleicht unter Einfluss des ideologischen Drucks aus Europa, der dem Land das unruhige Getöse der Sozialfrage brachte.

Seither, Verfassung nach Verfassung, lebt Brasilien mit der staatlichen Intervention auf die Unternehmen und Arbeitsbeziehungen. Viele hitzige Diskussionen um die Flexibilisierung der Arbeitsgesetze und deren Wirkung auf die Unternehmen trennt die Meinungen. Wie oben erwähnt, darf man nicht vergessen, dass die Flexibilisierung die staatliche Intervention voraussetzt, auch wenn geringfügig mit allgemeinen Regeln, ohne die ein würdiges Leben für den Arbeitnehmer undenkbar ist.

5 DIE SOZIAL- UND ARBEITSGEBÜHREN

In der vorliegenden Arbeit möchte man jedoch nicht zu der schon debattierten Frage bezüglich Flexibilisierung der Arbeitsgesetze übergehen, sondern einfach eine kurze Überlegung zur eigentlichen Absicht des Staats, „das Wohlfahrtswesen zu fördern“ anstellen, und dazu, wem eigentlich die angeblich dem Arbeitnehmer zustehenden „Leistungen“ und „Rechte“ zugewiesen werden.

Um die Grundleistungen zu bezahlen – Urlaub, FGTS, INSS* und bezahlte Kündigungsfrist –, werden monatlich R\$ 927,00 von einem R\$ 1.200,00 verdienenden Arbeitnehmer aus der Hand beschlagnahmt. In einem Arbeitsverhältnis nach der CLT* kostet ein monatlich R\$ 1.200,00 verdienender Angestellter seinem Arbeitgeber insgesamt 80% mehr als sein ausbezahltes Monatsgehalt (CAMPESI CONTÁBIL).

Das heißt: wegen den Sozial- und Arbeitsleistungen, die von der Regierung auferlegt werden, gibt der Arbeitgeber R\$ 2.127,00 für den Arbeitnehmer aus, von denen dieser lediglich R\$ 1.200,00 bekommt. Der Differenzbetrag geht an die Regierung (Urlaubsgeld ausgenommen, dessen Betrag nur einmalig im Jahr dem Arbeitnehmer zur Verfügung gestellt wird, und als Investierung werden könnte).

Viele fragen sich, ob diese „Arbeitnehmerleistung“ tatsächlich ein „dem Arbeitnehmer unveräußerliches Recht“ darstellt. Man muss noch betonen, dass diese Aufwendungen nicht die einzigen Kosten für den Arbeitgeber sind; sie variieren noch mehr je nach Gewerkschaft, Steuerregime und der Firmenbranche.

Es gibt z.B. noch die Frage vom FGTS. Der Betrag, der dem Monatsgehalt hinzugefügt werden könnte, wird zur Regierung umgeleitet und kann nur in besonderen Fällen (oder nach der Rente) zurückerhalten werden. In der Tat, wie Renato Furtado hervorhebt, „leiht“ die Regierung dieses Geld vom Arbeitnehmer aus und zahlt ihm jährliche 3 % Zinsen zurück. Da ein Sparkonto jährlich 7 % auszahlt und der Anstieg der Preise um jährliche 7,2 % liegt, werden dem Arbeitnehmer nicht nur höhere Erlöse entzogen, sondern hat mit dieser Maßnahme eine geringere, tatsächliche Kaufkraft (FURTADO, 2015).

Laut Gesetz 8.036/90, welches über den Garantiefonds zur Sicherstellung von Abfindungen bei Entlassungen entscheidet, wird ein Teil des Gelds von diesem Fonds als Zuschuss für den BNDES ausbezahlt.* Ein anderer Teil finanziert den Immobilienkauf, was daher gänzlich sinnlos ist, da die Anlage dieses Geldes auf einem Sparkonto dem Arbeitnehmer doppelte Erlöse und somit mehr Geld für den Immobilienkauf ermöglichen.

* FGTS: Fonds zur Sicherung von Abfindungen bei Entlassungen. INSS: Sozialversicherungsamt. CLT: Konsolidierung der Arbeitsgesetze (A.d.Ü.)

* BNDES = Brasilianische Nationalbank zur Entwicklung (A.d.Ü.).

Das Ergebnis ist bekannt: Missbrauch dieses Geldes.

Außerdem bezahlt der Arbeitnehmer Gebühren an die Sozialversicherung (INSS) unter dem Vorbehalt, dass er Gesundheitsdienstleistungen vom SUS**, Lebensversicherung und Vorsorge bekommen wird.

Die Unternehmen haben noch viele andere Steuern zu tragen, die die Möglichkeit zur Investition, Neuanstellung und Lohnerhöhung negativ beeinträchtigen.

Unter dem Mantel der „Arbeitnehmerleistungen“ verstecken sich tatsächlich oft kleinliche und unehrliche Interessen, die die Gesellschaft moralisch verderben und die Machtinhaber süchtig machen.

6 DIE BRASILIANISCHE MEDIOKRATIE: GEGENSATZ ZUM IDEALISMUS; STAATSBEAMTER AUND POLITIKER

Der Wunsch des schnellen Reichwerdens macht den kleinsten Beamten bis hin zum höchsten Staatsdiener bestechlich. In seiner Beschreibung der sogenannten Herrschaft der Mittelmäßigen warnt Ingenieros davor, dass diese sich auf die Sucht derjenigen, die von ihnen leben wollen, und aus der Angst derjenigen, die den Verlust ihrer Begünstigungen befürchten, stützen. In dieser Stimmung ist die bürgerliche Unwürdigkeit Gesetz. Jeder Mensch schmälert seine Persönlichkeit, wenn er Beamter wird: „er zeigt die Ketten am Fuß nicht, wie der Sklave, aber schleppt sie verborgen, an sein Leben gebunden“. Ein Staatsbürger ist derjenige, der aus seiner eigenen Bemühung leben kann, ohne offizielle Begünstigungen. Wenn alles für diese Begünstigungen geopfert wird, wenn die Süchte die Wünsche übertreffen, dann verfällt die Moral und der Niedergang beginnt. Die Moral des Mittelmaßherrschers deckt die Laster, indem sie sie einfach gönnt (INGENIEROS, 2004, s.220).

Das ist die traurige Realität der Nation. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Bevölkerung den Politikern und öffentlichen Institutionen misstraut. Eine akute

** SUS: brasilianisches Gesundheitsversorgungssystem (A.d.Ü.).

„Korruptionsepidemie“ verwüstet die Nation. Unter dem Vorwand der staatlichen Intervention und der Sorge um das soziale Wohlergehen eignet sich der Staat die öffentliche Sache unverschämt an.

Obwohl der Text von Ingenieros aus dem Jahr 1910 stammt, scheint er sich an die aktuelle, brasilianische Wirklichkeit anzupassen:

Die Politik erniedrigt sich, wird Beruf. Unter den Völkern ohne Ideale leben die untergebenen Geister mit Intrigen hinter den Kulissen fort. In der Ebbe erscheint der Pöbel und die Schmuggler häufen sich an. Alle Exzellenz erlischt. Herrscht eine Moral, die der Stetigkeit feindlich und der Entspannung günstig ist. Die Regierung fällt in den Händen vom Pöbel, der das Geld auffrisst. Die Gerüste werden ausgeblendet und die Pferdeställe vermehren sich. Die Lorbeeren verdorren und das Dickicht vermehrt sich. Die Pallastleute mischen sich mit dem Gesindel. Die Jongleure und Akrobaten kommen voran. Wo keiner profitiert, denkt keiner; niemand träumt, wo alle verschlucken. Was zuvor ein Zeichen der Gemeinheit oder Feigheit war, wird Scharfsinntitel; was einst tötete, belebt jetzt, als ob es eine Akklimatisierung an dem Lächerlichen gäbe; abscheuliche Schatten erheben sich und sehen wie Männer aus; die Unredlichkeit wird mit Pomp gezeigt, statt zu schämen. Was in den Vaterländern geschmäht wurde, wird in den heutigen Ländern geehrt. Die Wahlkampagnen werden grobe Geschäfte von Söldner oder Faustkämpfe von Abenteurer. Ihre Rechtfertigung wird naiven Wählern erteilt, die zur Parodie gehen, als ob sie zu einem Fest gingen (INGENIEROS, 2004, s.224).

Den Mittelmäßigen stellt sich der Idealist entgegen, der die Tugend und die moralische Vollkommenheit sucht. Die Idealisten sind Feinde des Mittelmaß, es sind Träumer und sie sind großzügig, und sehen die Unterschiede in einer Weise, die es ihnen erlaubt, zwischen dem beobachteten Bösen und dem vorgestellten Besten zu unterscheiden. Wie der Autor beschreibt, ist jeder Idealismus also Sehnsucht nach intensiver Kultur: unter seinen frechsten Feinden ist die Ignoranz Stiefmutter von hartnäckigen Routinen (INGENIEROS, 2004, s.37).

Ingenieros stellt fest:

Auf jeden Mann mit Moral kommen Dutzende bedeutungslose Schatten. Außer diesen Ausnahmen, die es überall gibt, ist die Masse der „Volksausgewählten“ subaltern, voll mit eitlen, unehrlichen und dienerischen Menschen. Die Erstklassigsten geben ihr Vermögen aus, um bis ins Parlament aufzusteigen. Großgrundbesitzer oder mächtige Industrielle bezahlen mit Gold die Stimmen, die von Agenten ohne Prinzipien beschafft wurden; kleine, aufstrebende Herrchen machen ihre Geldschränke auf, um das einzige, ihrem formlosen Geist zugängliche Diplom zu kaufen; bereicherte Esel träumen davon, dass sie Völkervormünder sind, dessen einziges Kapital ihre Beharrlichkeit und ihre Millionen sind. Sie müssen

jemand werden: Sie glauben, sie erreichen es, indem sie der Schweineherde beitreten. Die Unehrllichen kommen in Scharen; sie berauben das Parlament, um sich in der gewinnbringenden Spekulation abzuschuften. Sie verkaufen die Stimme an Unternehmer, die den Schatzkasten des Staats beißen; sie bevorzugen Projekte großer Geschäfte mit der Staatskasse, und bekommen ihre Reden pro Minute; ihre Wähler werden mit Arbeitsstellen und offiziellen Gaben kompensiert, verkaufen ihre Influenz für den Austausch von Konzessionen zugunsten ihrer Klientele. Ihre politische Verwaltung ist normalerweise ruhig: ein Geschäftsmann ist immer zusammen mit der Mehrheit. Er unterstützt alle Regierungen (INGENIEROS, 2004, s.225-226).

Viele wünschen sich, zum Beamtentum zu gehören, angesichts der Erleichterungen und des Zugangs zum einfachen Geld. Wie der argentinischer Professor uns erinnert, die Komplizen – seien sie klein oder groß – sehnen sich danach, Beamte zu werden. Das Beamtentum wächst in den modernen Demokratien. Die Bürokratie ist eine Konvergenz aus lauerndem Gieren. Für ihn bedeutet, seitdem man sich die Menschenrechte ausgedacht hat, die jeder Schwachkopf auswendig kennt, um sie auszunutzen, als wäre die Gleichheit vor dem Gesetz eine Begabungsäquivalenz. Diese Mühe, auf Kosten des Staates zu leben, dämpft die Würde (INGENIEROS, 2004, s.220).

Die Bevölkerung ihrerseits kann die Mediokratie nicht akzeptieren. Mit ihr zu paktieren ist so schwer, wie an ihr teilzunehmen. Es ist so, weil es in allen Zeiten und unter allen Regimen gaunerhafte Politiker gab, aber sie finden eine geeignetere Stimmung innerhalb der Bourgeoisie ohne Ideale. Die Obsession, materiellen Reichtum anzuhäufen, oder die gemeine Bemühung, sie im Müßiggang zu genießen, erlischt vom kollektiven Geist alle Träume. Die Nationen sind nicht mehr Vaterländer, alle Ideale sind verdächtig (INGENIEROS, 2004, s.217).

Es ist interessant, den Unterschied zwischen der Beschreibung von Ingenieros zu den brasilianischen Politiker (vom Volk beliebt oder nicht) der letzten Jahrzehnte zu vergleichen, die immer über dieselbe List (die Exküse der „Sorge um das Soziale“) verfügt haben, um das öffentliche Eigentum zu plündern:

Weil keine Genien aufblühen, werden die Opportunisten verherrlicht. Deren Armut wird mit einem Übermaß an Prunk und Worten verschleiert; jeder Protest wird im Austausch mit der Teilnahme an Festen erstickt; die besten Absichten werden ausgesprochen, und die schlechtesten Niedrigkeiten verübt; die Justiz wird simuliert; der Charakter wird simuliert. Alles wird simuliert, unter der Zustimmung von allen; jeder stellt den Preis seiner

Mitschuld, ein nüchterner Preis, der von einer Arbeitsstelle bis zu einer Auszeichnung reicht. Die Regierenden erschaffen etwa solch einen Zustand oder Stimmung nicht: sie vertreten ihn. Wenn die Nationen unten sind, übernimmt eine Fraktion die konstituierten oder von genialen Männern reformierten Räder. Gesetzgeber blühen auf, es wimmelt von Archivaren, die Beamten werden in Scharen gezählt: Die Gesetze vermehren sich, ohne ihre Effizienz zu verbessern (INGENIEROS, 2004, s.219).

Wenn Ingenieros behauptet, dass „die Regierenden diesen Zustand oder Stimmung nicht erschaffen: sie vertreten ihn“, stimmt er mit der Voraussetzung überein, dass das Problem in der Kultur, in der Mentalität, in der Feigheit derjenigen liegt, die vom Kampf geflohen sind. „Wenn das moralische Elend ein Land verwüstet, sind all diejenigen schuld, die es aus Mangel an Kultur und Ideal nicht als Vaterland lieben konnten: all diejenigen, die aus ihm gelebt haben, ohne für es gearbeitet zu haben“. Ist das nicht das Land, in dem die Menschen sich schlau finden, weil sie die dortigen Regeln und Mitmenschen betrügen? „Die kollektive Unverantwortlichkeit schmiert die individuelle Fehlerquote: keiner errötet, wenn alle Gesichter ihren Teil der gemeinsamen Schande verlangen können“. Und ist nicht Brasilien der Weltmeister der Kunst, den Schmutz der anderen als Rechtfertigung seines eigenen zu sehen? (CONSTANTINO, 2016).

7 ABSCHIESSENDE ÜBERLEGUNGEN

Tatsache ist, dass zugleich, während die Regierenden die staatliche Intervention benutzen um die Gesellschaft zu plündern, die dienerische Bevölkerung zuschaut, in der Hoffnung, eines Tages auch an der Verwaltungsbehörde teilzunehmen, um aus ihr zu profitieren. Sie protestieren gegen die Amtsmissbräuche, aber wünschen sich, sie zum persönlichen Nutzen durchzuführen. Die Korruption empört, wenn *andere* korrupt sind. Die alltägliche Korruption des Bürgers, vom *jeitinho brasileiro*, sich an der Warteschlange vorbeizudrängeln, die Verkehrsregel zu missachten, die Steuerhinterziehung, ist aus der Sicht des Täters immer plausibel zu rechtfertigen. So „wiederkaut und erniedrigt sich alles, und die individuelle Embolie wird von der gemeinsamen aufgesaugt: man würde sagen, dass in der kollektiven Schuld die Verantwortung des Einzelnen vergeht.“ Wenn das

Ganze sich biegt, wie der Kiel eines Schiffes, dann sieht es wegen der Relativität so aus, als dass nichts sich biegen wird. Nur derjenige sieht es, der aufsteht, um die Seefahrer aus einem anderen Winkel zu sehen, ihren Niedergang betrachtet, als ob er vor ihnen ein starrer Punkt wäre: ein Leuchtturm auf der Küste (INGENIEROS, 2004, s.223).

Man muss aus einem anderen Winkel schauen. Man muss sich empören und von der gemeinsamen Vergrößerung träumen. Man muss glauben, dass es die eigentliche Schönheit des Sozialstaates ist, das Vaterland größer zu machen und nicht diejenigen zu begünstigen, die es ausnutzen, um auf Kosten der Politik ihr Leben aufzubauen.

Die staatliche Intervention muss die Bürger wirklich begünstigen. Wir können nicht erlauben, dass die Unvernunft des Vertretenen das niedrige Niveau des Volksvertreters überwiegt. Wir dürfen kein „Plündern“ unter der Verkleidung von „Rechten“ und „Bürgschaften“ akzeptieren. Neunundneunzig unter Hundert lügen gleichweise: Die Größe der Nation, die heiligen demokratischen Prinzipien, die Interessen des Volks, die Rechte des Bürgers, die administrative Moral. Wenn dies alles nicht eine gewöhnliche Schamlosigkeit wäre, wäre sie eine rührende Dummheit: Sie scheint, vieles zu sagen, bedeutet aber nichts. Die Angst vor konkreten Ideen versteckt sich unter der Verkleidung der bürgerlichen Unbestimmtheiten.

Kommen wir auf Platons Worte am Anfang dieses Textes zurück, so sehen wir, dass wenn das demokratische Regime sich verbreitet, wird die Funktion der höheren Männer eingeschränkt. Die Natur widersteht aller Nivellierung, weil sie im Tod Gleichheit sieht; die menschlich Gesellschaft braucht für ihren moralischen und strukturellen Fortschritt das Genie mehr als den Schwachkopf, und das Talent mehr als das Mittelmaß. Die Geschichte rechtfertigt die egalitäre Mutmaßung nicht. Für Ingenieros ist die Demokratie eigentlich bis heute eine Fiktion geblieben. Die Regimes, die sich als solche bezeichnen, waren Fiktionen. Die vermeintlichen Demokratien waren nichts anderes als Verschwörungen Professioneller, um von den Massen zu profitieren und hervorragende Männer auszuschließen. Sie waren alle Herrschaften der Mittelmäßigkeit. Die Voraussetzung ihrer Lüge war die Existenz eines „Volks“, das zur Übernahme der Staatssouveränität fähig war. Und so was gab es nie: Bis heute haben die Massen von Armen und Unwissenden keine Fähigkeit

gezeigt, um sich zu regieren: höchstens sind die Schäfer ausgetauscht worden (INGENIEROS, 2004, s.251).

Wir betonen, dass die größten Theoretiker des demokratischen Ideals eigentlich Individualisten und Anhänger der natürlichen Auslese waren: sie suchten die Aristokratie des Verdiensts gegen die Kastenvorrechte. Die Gleichheit ist ein Irrtum oder ein Paradox. Den Beispielen zufolge ist die Demokratie eine Fata Morgana mit allen Abstraktionen, die die Phantasie der Naiven bevölkert. Das Volk selbst war immer abwesend.

Man muss das Vorrecht der wenigen verschwinden lassen, damit die moralische Richtung der Gesellschaft zurück in die besten Hände gerät. Das ist so, weil die Mehrheit nicht entscheiden kann, was nützlich für alle ist. So müssen die Bemühungen der geeignetsten Köpfe zusammenlaufen, um die gemeinsamen Ziele der Nation zu führen. Die Tugend und der Charakter müssen so wichtig wie die Intelligenz sein, damit die Verdienste von jedem einzelnen die Gesellschaft als ein Ganzes begünstigen.

Es ist also dringend, die Mediokratie zu beenden, um Platz für das Aufblühen der Genien zu machen. Man muss die geeigneten moralischen Werte, das Ideal der Vollkommenheit und den Respekt für den Verdienst und das Talent der besseren Menschen und der Individuen mit eigener Erleuchtung umarmen. Sonst sind wir zur unendlichen Unterwürfigkeit vor der Regierung der Mittelmäßigen und ihrer typischen Ablehnung vom Fortschritt vorherbestimmt.

REFERENZEN

ANDRADE, Paes de e BONAVIDES, Paulo. *História Constitucional do Brasil*. [Verfassungsgeschichte Brasiliens]. 2. Ausg. Lissabon: Universitária Editora, 2004.

BATISTA JUNIOR, Marcio Roberto Montenegro. *O Poder de Intervenção do Estado no Setor Privado*. [Die Macht der staatlichen Intervention auf die Privatbranche]. Adresse: <<http://www.direitonet.com.br/artigos/exibir/8122/O-poder-de-intervencao-do-Estado-no-setor-privado>>.

CARVALHO FILHO, José dos Santos. *Manual de direito administrativo*. [Handbuch Verwaltungsrecht]. Rio de Janeiro: Lumen Júris, 2007.

CONSTANTINO, Rodrigo. **A Mediocracia Brasileira.** [Die brasilianische Mediokratie]. Adresse: <<http://rodrigoconstantino.blogspot.com.br/2008/05/mediocracia-brasileira.html>>.

DEL PRIORE, Mary e VENANCIO, Renato. **Uma Breve História do Brasil.** [Eine kurze Geschichte Brasiliens] São Paulo: Editora Planeta do Brasil, 2010.

DI PIETRO, Maria Sylvia Zanella. *Parcerias na administração pública: concessão, permissão, franquias, terceirização, parceria público-privada e outras formas* [Partnerschaften in der öffentlichen Verwaltung: Konzession, Erlaubnis, Franchise, Auslagerung, öffentlich-private Partnerschaft und andere Formen]. São Paulo: Atlas, 2005.

FURTADO, Renato. **FGTS, INSS e Aviso Prévio – Um Assalto ao Trabalhador, Disfarçado de Direito** [FGTS, INSS und Ankündigung – Ein Raubüberfall gegen den Arbeiter, verumummt als Recht]. 2015. Adresse: <http://www.mises.org.br/Article.aspx?id=2042>.

INGENIEROS, José. **O Homem Mediocre** [Der mittelmäßige Mann]. São Paulo: Quartier Latin, 2004.

SOUZA, Washington Albino de. **Primeiras Linhas de Direito Econômico** [Erste Linien zum Wirtschaftsrecht]. 5. Ausg. São Paulo: LTr, 2003.

CAMPESI CONTÁBIL. **Custo de um funcionário em regime da CLT.** Daten aus <www.campesi.com.br/custofunc.htm>. Zugang am 3.11.2016.